



# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

<b>Zur Lage.</b>	Seite
<b>Gesetzgebung und Verwaltung.</b> Die entlarzten Wahlrechtsfeinde. — Arbeitsministerium und Arbeitsvermittlung in Oesterreich	83
<b>Statistik und Volkswirtschaft.</b> Vehringsheime und Fachschulwesen	85
	86

<b>Kriegsfürsorge.</b> Eine Neuorganisation der Kriegsernährung. — Zur Bekämpfung des Schleichhandels. — Der zweckmäßigste Weg zur Gemüseversorgung	88
<b>Arbeiterbewegung.</b> Aus den deutschen Gewerkschaften.	39
<b>Viterarisches.</b> Neuerschienene Bücher und Schriften	40

### Zur Lage.

Die Friedensverhandlungen mit Rußland haben im neuen Jahre keine großen Fortschritte gemacht. Voran ist zweifellos die Antwort der Centralmächte vom 28. Dezember auf die russischen Programmforderungen nicht ohne Schuld, weil sie mit den wenige Tage zuvor abgegebenen grundsätzlichen Erklärungen im offenen Widerspruch stand. Aber auch die Russen haben in Brest nichts zur Beschleunigung des Friedens getan. Es mögen ja ganz interessante Unterhaltungen sein, die Herr Trozki mit dem deutschen Staatssekretär über staatsrechtliche Theorien führt, aber die den Frieden herbeisehnde Welt hat für derartige Diskussionen sehr wenig übrig; sie ist banal genug, von den Friedensverhandlungen mehr und ernstere Arbeit zu fordern, als akademische Diskurse im Stile der Plauderstündchen russischer Studenten beim Abendtee.

Eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen muß die neue Erklärung der Centralmächte vom 15. Januar abgeben können. Darin wird ausdrücklich gesagt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht die Absicht haben, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuberleiben, und daß sie nicht beabsichtigen, diesen Gebieten diese oder jene Staatsform aufzuzwingen. Daß sie sich vorbehalten, mit den fraglichen Völkern Verträge aller Art abzuschließen, ist eine Selbstverständlichkeit und ein Recht, das sich das neue Rußland auch vorbehalten wird. Graf Czernin hat am 17. Januar von Wien aus diese Stellungnahme durch die öffentliche Erklärung scharf unterstrichen, daß er dafür „hafte und büрге, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegssentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht“. Und wenige Tage später hat er den Vertretern der streikenden Arbeiter Wiens gesagt, daß die österreichische Regierung bestrebt ist, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen. Wenn bis jetzt nur der Sonderfrieden möglich ist, so fällt die Verantwortung auf die West-

mächte, die unsere wiederholten Friedensangebote ausgeschlagen haben.

Diese neueren Erklärungen des verantwortlichen Leiters der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns wurden zur Beruhigung der breiten Massen der Bevölkerung der Donaumonarchie abgegeben, deren Unruhe über die Vorgänge der letzten Wochen sich in großen Arbeitseinstellungen der Arbeiter Wiens und Niederösterreichs Luft machte. Der unmittelbare Anlaß dieser Bewegung war zwar die Kürzung der Rationierung, die in Oesterreich zurzeit durchgeführt werden muß, aber die Haltung der verantwortlichen Minister in Wien beweist, daß sie den tieferen Ernst der Streiks klar erfaßten. Es hat keinen Sinn, zu verheimlichen, daß die breiten Massen auch diesseits der schwarz-gelben Grenzpfähle von der deutschen Regierung ebensolche bestimmte Erklärungen erwarten, wie sie in Wien bereits abgegeben wurden. Die Reichsregierung kann darüber um so weniger hinweg, als der englische Premierminister, Lloyd George, am Freitag, den 18. Januar, in einer vor den Delegierten der englischen Gewerkschaften gehaltenen Rede folgende schwerwiegende Ausführungen machte:

„Ich will nicht einen Augenblick länger diesen Krieg auf meiner Seele drückend haben, wenn ich ihn auf ehrenvolle Weise beenden könnte; aber wie wurden sie (eine und Wilsons letzte Kriegsziele) in Deutschland aufgenommen? Die einzige Antwort war: Seht, wie England geschwächt wird! Sehet den Krieg fort, und es wird auf die Arme gezwungen werden. Es liegt keinerlei Antwort von irgendeinem Manne in Deutschland vor, der im Auftrage der Regierungsbehörden des Landes den Wunsch bekanntgegeben habe, der Entscheidung der Frage im Geiste des Rechts und der Willigkeit näher zu kommen.“

Unsere Erfahrungen im Laufe des Weltkrieges haben uns zur Genüge gelehrt, bei der Bewertung der Erklärungen englischer — und nicht nur englischer — Staatsmänner eine weise Vorsicht walten zu lassen. Auch die obigen Aeußerungen des Lloyd Georges machen davon keine Ausnahme, sie sind vielmehr doppelt vorsichtig aufzunehmen, weil sie gemacht wurden, um die englischen Gewerkschaften für neue Regierungsmaßnahmen zur Durchführung des Krieges einzufangen. Allein, gerade deshalb erheischen sie eine offene und

Aber sie genügen für den Nachweis, daß der Scharfmachergeist wieder an Boden gewinnt.

Greifen wir hinüber auf das Gebiet der Ernährungspolitik, die ebenfalls die gewerkschaftlichen Interessen stark berührt, so wird das Bild nicht anmutender. Wir wollen uns heute bei den Einzelfragen unserer Lebensmittelversorgung nicht aufhalten, es genügt der Hinweis, daß durch unzweckmäßige Maßnahmen und Halbheiten das System der organisierten Lebensmittelversorgung Schiffbruch erleidet, während der Schleichhandel zu Wucherpreisen gedeiht. Die großen Industriebetriebe folgten den Bahnen der privaten Schleichhändler, und die Gemeinden, denen die Lebensmittelversorgung ihrer Bürger zur Pflicht gemacht ist, waren gezwungen, die gleichen Wege zu wandeln, wenn sie ihre Pflicht erfüllen wollten. Mit welchem Ergebnis, zeigt das abschreckende Beispiel, das an Neutölln statuiert werden soll, während die kriegsindustriellen Schleichhändler ungeschoren bleiben. Welche Stimmung glaubt man, mit dieser Maßnahme zu erzeugen? Neutölln ist eine Arbeiter- und Kleinbürgerstadt, die sich durch ihre mutige Aufdeckung der Schandwirtschaft des Schleichhandels ein großes Verdienst gemacht hat. Sie dafür verfolgen, heißt, in den breiten Massen die Empfindung zu erwecken, als sollte die Vertuschung unheimlicher Zustände zum Staatsprinzip erhoben werden.

Was aber in besonderem Maße die Oeffentlichkeit erregt, ist die Behandlung der preussischen Wahlreform im Landtage. Bei aller Anerkennung der umsichtigen und entschiedenen Vertretung der Vorlage durch die Minister Dr. Friedberg und Dr. Drews kann der ungeheuerliche Einbruch nicht verwischt werden, den die Mehrheit der Wahlrechtskommission des Landtags mit ihrem Verhalten erzeugt hat. Die Krone hat durch die freudige und vertrauenerregende Botschaft des Königs sich für die Reform des Wahlrechts eingesetzt, die Staatsregierung hat den ihr vom König gewordenen Auftrag durch Einbringung einer Vorlage auszuführen gesucht, an der von unserem Standpunkt noch manches auszufehen ist, die aber doch die Absicht zeigt, diese große Frage der deutschen Politik endlich in freiheitlichem Geiste zu lösen. Die Wahlrechtskommission aber gibt ihren Verhandlungen den Charakter einer Verschiebung und beschließt dann nach endlosen Debatten, nicht etwa die Wahlreform zu erledigen, sondern die Frage, ob man das Herrenhaus rückwärts revidieren kann. Das muß wie eine Provokation auf die breiten Massen der berechtigten Wähler in Preußen wirken. Herr Dr. Friedberg hat bereits in der Kommission ausgesprochen, daß „wenn die Vorlage nicht zustandekommt, wird in den Volkskreisen, die diese Vorlage am meisten wünschen und das Hauptinteresse daran haben, eine große Enttäuschung entstehen, und diese Enttäuschung könnte dazu beitragen, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen“. Das entspricht der momentanen Lage. Aber die Gefahr ist noch größer. Nicht nur der Siegeswillen wird durch die Haltung der Kommissionmehrheit in Frage gestellt, sondern auch jenen Strömungen in die Hand gearbeitet, die das Interesse der Arbeitermassen an der Landesverteidigung in Zweifel ziehen. Wir haben diese Strömungen bewußt und entschieden bekämpft und wir sahen in der Ankündigung der Neuorientierung durch Bethmann Hollweg und in der Wahlrechtsbotschaft wie in manchen anderen Äuße-

rungen des Kaisers während des Krieges eine Bestätigung der Richtigkeit unserer Haltung auch hinsichtlich ihrer innerpolitischen Wirkungen. Aber wir gestehen offen, daß die Sabotierung der Wahlrechtsvorlage im Landtage unsere Politik über den Haufen zu werfen geeignet ist, und daß wir jegliche Verantwortung für Ereignisse ablehnen müssen, die eine vorauszu sehende Folge der begonnenen Taktik der preussischen Reaktion sein werden. Die Wirkung dieser Reaktionspolitik auf die Arbeitermassen in der Heimat wie auf unsere Freunde an der Front ist bereits aus den zahlreichen Äußerungen ersichtlich, die uns täglich zugehen. Hier ist jede Vertuschung deplaciert, hier kann nur die offene Klarheit und Wahrheit helfen.

Und deswegen halten wir es für notwendig, daß der Reichskanzler sich über die Fragen offen ausspricht, die das Volk bewegen. Wir sind am Scheidewege angelangt. Ein Volk erträgt die größten Opfer um seine nationale Existenz, aber es erträgt nicht die Aufopferung seiner Ehre. Das gilt auch von den Klassen im Volke. Und die Durchführung der Volksrechte in Preußen im Rahmen der königlichen Botschaft und der feierlichen Erklärungen der Regierung ist eine solche Ehrenfrage auch für die Arbeiterklasse.

Das auszusprechen, ist unsere Pflicht. Die reaktionäre Presse, die uns in ihrer verlogenen Weise den Vorwurf einer Erpressungspolitik machen möchte, ist vollständig auf dem Holzwege. Neue politischen Maximen überlassen wir ihr. Uns ist es um die ruhige und sichere Fortführung der Landesverteidigung zu tun und deswegen erheben wir unsere warnende Stimme. Die Politik der Reaktion im preussischen Landtage bildet die größte Gefahr, in der sich das Reich seit Beginn des Krieges befunden hat. Wer gleich den Eisen- und Stahlindustriellen glaubt, diese Gefahr mit den Mitteln des Belagerungszustandes und der „Strenge“ bannen zu können, täuscht sich schwer. Die Methoden des vormaligen Preußen sind überlebt. Heute kann uns nur die Verständigungspolitik den Frieden im Innern wiedergeben, die wir im Kriege drei Jahre lang erfolgreich gegen innere und äußere Feinde betrieben haben. Die innere Reaktion, die alle Träger dieser Verständigungspolitik aus den einflussreichen Stellen zu entfernen sucht, führt uns aber an den Abgrund, wenn ihr das Handwerk nicht gelegt wird. Je schneller das geschieht, desto nachhaltiger werden die Wirkungen auf den Siegeswillen und die innere Geschlossenheit des Volkes bleiben.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Die entlarvten Wahlrechtsfeinde.

Unser Warnungsruf gegen die dreiste Arbeit der Wahlrechtsfaboteure ist der „Deutschen Tageszeitung“ in die Knochen gefahren. Das preussische Junkerblatt weiß sich in seiner Verlegenheit nicht anders zu helfen, als daß es nach dem abgebrauchten Kniff des ertappten Spitzbuben am lautesten nach dem Schutzmann schreit. Unter der Ueberschrift: „Auf dem Wege zum Landesverrat“ sucht das Blatt durch unvollständiges Zitieren unsere Warnung vor den anreizenden Wirkungen der reformfeindlichen Wahlrechtsfabotage in eine Drohung mit Vaterlandsverrat umzufälschen und die Regierung gegen die Führer der solcherweise verhetzten Massen mobilzumachen. Dieses Fälscherkunststück des agrarischen Organs bricht in sich zusammen angehts der Tat-

Klare Antwort. In der englischen Arbeiter-schaft wächst die Strömung, die ein Ende des blutigen Ringens verlangt, die sich also mit unseren eigenen Wünschen begegnet. Wie in Deutschland, so sind auch in England die Gewerkschaften der Brennpunkt der Kriegswirtschaft geworden, sie bilden den organisierten Kern des Heimatheeres, das in der Kriegsindustrie die notwendige unermüdete Arbeit zur Versorgung der Kämpfer an der Front leistet. Die englischen Staatsmänner haben vollauf und frühzeitig erkannt, daß sie mit diesem heimatischen Arbeiterheer konform gehen müssen, wenn sie den Krieg nicht verlieren wollen. Und deshalb schon darf die Antwort der deutschen Regierung auf die jüngsten Reden des englischen Premierministers nicht auf sich warten lassen.

Aber ihre Beschleunigung ist auch von unserem eigenen Standpunkt erwünscht. Die breiten Massen Deutschlands haben ein Recht zu wissen, nicht nur wofür sie kämpfen, sondern auch wie lange der Kampf notwendig ist. Daß er fortgesetzt werden muß, solange die Gegner unsere territoriale Sicherheit und unsere wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit bedrohen, ist eine Selbstverständlichkeit. Ueber die reden wir nicht mehr. Aber in den letzten Monaten und besonders in den letzten Wochen ist im Reiche manches passiert, das die Massen mit der größten Unruhe zu erfüllen beginnt. Der alldeutsche Ansturm gegen den Osten scheint, nach den Erklärungen der Centralmächte in Brest-Litowsk vom 15. Januar und denen des Grafen Czernin in Wien zu schließen, abgemehrt zu sein, aber diese erübrigen noch keineswegs eine klare Stellungnahme der Reichsregierung. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Kriegsziele im Westen. Wir verstehen und billigen die Vorsicht der Reichsregierung, die sich nicht einseitig binden wollte, solange die Westmächte nicht gesprochen hatten. Aber jetzt haben diese gesprochen und in der von ihnen gezogenen Grenzen halten wir eine klare Antwort für unerlässlich.

Man sollte in den führenden Kreisen des Reiches sich von dem alldeutschen Depeschesturm nicht täuschen lassen. Diese Machete ist keinen Heller wert, sie gibt vielmehr ein durchaus falsches Bild von der Stimmung der Massen, die in diesen Tagen nicht so sehr von den Fragen des Krieges als von innerpolitischen Vorgängen beherrscht wird. Immer mehr wird die Auffassung bestätigt, die ein Anwachsen der inneren Reaktion seit dem Juli 1917 befürchtete und die daraus sich ergebenden Konsequenzen zusehen wollte. Hinsichtlich unserer rein gewerkschaftlichen Aufgaben besteht kaum mehr ein Zweifel, daß der Geist der Scharmacher auf dem Wege ist, seinen in der Aera Bethmann gebrochenen Einfluß wieder herzustellen. Die Erfahrungen der täglichen gewerkschaftlichen Praxis lehren, daß an vielen Stellen weit weniger Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiterschaft anzutreffen ist als vor dem Juli 1917. Eine Reihe sozial verständiger Männer sind beseitigt worden, andere haben ihren Einfluß gemindert gesehen zugunsten von Männern, die dem Auffassungskreise des schwerindustriellen Unternehmertums nähersehen. Wer sich über den hier herrschenden Geist noch zu unterrichten braucht, sei die von der „Sozialen Praxis“ veröffentlichte Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom August 1917 empfohlen. Hier wird die radikale Beseitigung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie der Schlichtungsstellen zum Friedensschluß gefordert und die Regierung auf-

gestachelt, „ihre Selbständigkeit gegenüber den Gewerkschaften“ wiederzugewinnen. Den Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes wird nachgesagt, sie hätten sich im Kriege nicht bewährt und würden eine günstige Uebergangs- und Friedenswirtschaft erst recht behindern. Als Ersatz werden Maßnahmen gegen jede „unnötige Agitation und Aufreizung der Arbeiterschaft und Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbehörden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer“ empfohlen. Wie diese Maßnahmen aussehen sollen, geht aus der Empfehlung des Belagerungszustandes an Stelle des Hilfsdienstgesetzes hervor. Solange der Feind draußen tobt, müsse im Innern durch strenge Ruhe und Ordnung gesichert werden. Und schließlich wird das rote Tuch der „russischen Zustände“ hochgezogen, die angeblich aus dem Hilfsdienstgesetz hervorgegangen sein sollen! In Deutschland nota bene!

Diese tolle Heze gegen die Gewerkschaften würde uns kalt lassen, wenn wir nicht begründeten Anlaß zu der Annahme hätten, daß ihr Einfluß in den „höheren Regionen“ sich von Tag zu Tag steigert. Soeben erleben wir, daß die Unternehmerinteressen bei den Friedensverhandlungen mit Rußland eine Vertretung finden und daß die Herren Hugo Stinnes, Geheimrat Deutsch und Franz v. Mendelssohn nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ damit betraut werden sollen. Die Eingabe der Gewerkschaften ist aber bis jetzt nicht berücksichtigt worden, die eine Vertretung der Arbeiterinteressen beim Friedensschluß fordert. Das ist um so unverständlicher, als gerade der Friedensschluß mit Rußland für die Durchführung eines Minimums an Arbeiterschuttforderungen äußerst geeignet sein würde, weil man dort mit einer Regierung verhandelt, die solche Forderungen überhaupt nicht ablehnen kann. Bei der großen Bedeutung der russischen Industrie in der Zukunft, liegt es durchaus im Interesse der deutschen Industrie, einen solchen Ausgleich der „sozialpolitischen Lasten“ im Friedensvertrage sicherzustellen. Aber die Reichsregierung zeigt dafür kein Interesse, obgleich ihr mitgeteilt wurde, daß die französischen und englischen Regierungen den Gewerkschaften ihrer Länder entsprechende Zusicherungen gemacht haben, so daß diese Frage beim Friedensschluß mit den demokratischen Westmächten nicht ignoriert werden kann. Anstatt voranzugehen, wie es für das Land zweckmäßig wäre, das sich nicht ohne Grund rühmt, die weitgehendsten Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialreform getroffen zu haben, läßt die Regierung es darauf ankommen, ob die anderen Regierungen sie später dazu zwingen werden oder nicht. Daß die Reichsregierung dabei der Zustimmung der Schwerindustrie sicher ist, bezweifelt niemand, aber es fragt sich, ob es eine kluge Politik ist, die Anregungen und Forderungen der Gewerkschaften zu ignorieren, die Unternehmerinteressen aber einseitig zu berücksichtigen. Wir sind vollständig mit dem Unternehmertum einig, wenn es eine Vertretung bei den Verhandlungen über die Gestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsverhältnisse fordert und würden es für einen schweren Fehler halten, wenn dieser Forderung keine Folge gegeben würde. Aber wir fordern volle Parität, denn die Wirtschaftsfragen sind auch Arbeiterfragen, an denen die Gewerkschaften das größte Interesse haben.

Diese wenigen Beispiele aus der gewerkschaftlichen Praxis können beliebig vermehrt werden.

aufzubauenden Deutschland keine Hand müßig feiern darf; daß wir alle Arbeitskräfte in den Dienst des nationalwirtschaftlichen Wiederaufbaues zu stellen haben, wenn wir das Verlorene und Verstärkte wiedergewinnen und wiederherstellen wollen: Dann können und dürfen Gemeinde und Staat nicht mehr untätig zusehen, wie alljährlich bei Beginn der „stillen Zeit“ Hunderttausende von Arbeitern einfach entlassen und dem Elend und der wirtschaftlichen Ungewißheit überantwortet werden! Mit anderen Worten: Es müssen für die Millionen von Arbeitern, die unmittelbar und mittelbar von den verschiedenen Baugewerben wirtschaftlich abhängig sind, in gemeinsamer Beratung von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen mit den Vertretungen von Gemeinde und Staat Möglichkeiten gefunden werden, diese großen Summen von Arbeitskraft sofort gemeinnützig zu verwerten, wenn ihre Verwertung in ihren speziellen Berufen nicht mehr möglich ist.

Diese Frage soll jedoch hier nicht des Näheren erörtert werden, es genügt, sie angedeutet zu haben. Aber selbst wenn die wirtschaftliche Grundlage dieser und in ähnlicher Lage befindlicher Gewerbe eine derartige durchgreifende Reform erfahren haben wird; selbst wenn die Unsicherheit der Existenz für den einzelnen Arbeiter auf das denkbar geringstmögliche Maß beschränkt sein wird, so werden ja noch immer gewisse äußerliche Ursachen bestehen bleiben, die bisher schon den Zugang zu diesen Gewerben beschränkt haben. Dem müßte dann, namentlich wenn es auf der andern Seite noch immer Berufe mit übermäßig starkem Andrang Jugendlerner geben sollte, durch Belehrung und einer sachkundigen Berufsberatung schon in den letzten Schuljahren nach Möglichkeit entgegen gewirkt werden. Aber auch damit wird voraussichtlich der zu wünschende Ausgleich noch nicht herbeigeführt werden können. Barter fühlende oder auf einer gewissen höheren Bildungsstufe stehende Eltern und Vormünder werden naturgemäß den dringenden Wunsch haben, ihre Pfleglinge nur solchen Berufen zuzuführen, bei denen sie eine Gefährdung der Sitten oder eine gewisse Rauheit der Formen nicht befürchten. Wenn also Wandel geschaffen werden soll, so muß auch hierin die bessernde Hand angelegt werden, d. h. es muß auch diesen Gewerben eine höhere Grundlage der sachlichen und besonders der theoretischen Ausbildung gegeben werden, die es dann von selbst mit sich bringt, daß das allgemeine Bildungsniveau sich hebt.

Es ist ja schon angedeutet, daß der Mangel an Lehrlingen in dem in Rede stehenden Gewerben sich bisher besonders in den Großstädten fühlbar gemacht hat. Den gleichen Gewerben in der Provinz und auf dem Lande dagegen hat es bisher allgemein an Lehrlingen nicht gefehlt. Man könnte die Sache nun vielleicht hingehen lassen, indem man sich sagt, daß bei Mangel an Arbeitskräften in den Großstädten sich genügender Zuzug aus dem Lande einfänden dürfte. Dabei würden aber zweifellos viele Betriebe in den Großstädten und die Verbraucher nicht gut abschneiden. Gerade das Baugewerbe in den Großstädten stellt an den Arbeiter oftmals Anforderungen, denen der zugewanderte Arbeiter nicht gewachsen ist. Er muß in nicht ganz seltenen Fällen erst „nachlernen“. Ob es nicht auch in anderen Gewerben ebenso ist, weiß ich nicht, vermute es aber.

Jedenfalls aber steht die Tatsache fest, daß sich in der Provinz, bei dem Mangel an technisch höher entwickelten Industrien, noch verhältnismäßig viele junge Leute bereitfinden, in diejenigen Berufe einzutreten,

die von der großstädtischen Jugend mit Recht oder Unrecht nicht beachtet werden. Gestützt auf diese Tatsache sollte sich in den Großstädten eine gründliche Reform des Lehrlingswesens aufbauen. Eine Reform, die es den lernwilligen jungen Leuten in der Provinz ermöglicht, ihre Lehrzeit in der Großstadt, in großstädtischen Betrieben, zurücklegen zu können! Heute liegen die Verhältnisse so, daß gewissenhafte Eltern in der Provinz ihre Söhne schon um deswillen nicht in die Großstadt in die Lehre geben, weil sie davon sittliche Gefahren für dieselben befürchten, vielfach auch mit Recht. Um dieser Furcht und ihren Ursachen zu begegnen, sollten in allen größeren Städten Lehrlingsheime errichtet werden, in denen die jungen Leute, sofern nicht ihre Pflegebefohlenen ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ein wirkliches Heim finden. Sie müßten also so eingerichtet sein, daß die jungen Leute — bei vernünftigen Ansprüchen — sich darin in jeder Beziehung wohlfühlen können. Bei der Verwaltung müßte dem Selbstbestimmungsrecht der jungen Leute der denkbar weiteste Spielraum gelassen werden, um sie zugleich auch hauswirtschaftlich zu erziehen. Soweit Aufsichtsorgane für nötig befunden werden, muß dazu auch eine Vertretung der Arbeiterschaft der in Frage kommenden Berufe herangezogen werden usw.

Die allgemeine Schaffung solcher Lehrlingsheime hätte dann unmittelbar zur Folge eine außerordentliche Belebung und Hebung des Fachschulwesens, und zwar gerade für diejenigen Berufe, in denen sich daselbe bisher aus den oben angeführten Gründen nicht recht entwickeln konnte. Wenn, wie bisher im Baugewerbe, die Lehrlinge beim Eintritt des Winters zum größten Teile entlassen werden, so leidet darunter ganz naturgemäß die Fortbildung durch die Fachschule. Denn die meisten dieser jungen Leute suchen sich dann Stellungen als Arbeitsburschen oder dergleichen, wo sie vielfach der obligatorischen Fachschulpflicht nicht mehr unterliegen. Und selbst, wenn in letzterer Hinsicht Wandel geschaffen würde, so kann der Fachschulunterricht doch nur dann Ersprießliches leisten, wenn er stets in engstem, lebendigem Zusammenhang mit dem Berufe betrieben wird. Und soweit die Großstadtlehrlinge ihr Heim in größerer Entfernung in der Provinz haben, tritt dann ebenfalls ganz von selbst eine Unterbrechung des Fachschulunterrichts ein. Daran vermag auch die Selbsthilfe solcher Unternehmerorganisationen nichts zu ändern, die sich wirklich von weitherzigen Anschauungen leiten lassen und für eine vollwertige Ausbildung ihrer Lehrlinge Opfer zu bringen bereit sind. Dafür ist das unten angeführte Beispiel\*) ein trefflicher Beweis.

Wenn nun den Eltern und Vormündern der jungen Leute in der Provinz die Sorge um das sittliche und physische Wohlergehen ihrer Zöglinge in

\*) Die Berliner Steinsekerinnung hatte als erste in ihrem Berufe den Lehrmeistern die Beschäftigung der Lehrlinge auch im Winter zur Pflicht gemacht und hatte sodann eine gut ausgestattete Fachklasse einrichten lassen, deren Besuch für die Lehrlinge obligatorisch war und daneben noch für die praktische Unterweisung einen sogenannten Werkplatz eingerichtet, der hauptsächlich im Winter benutzt wurde, wo bestellte Arbeiten nicht hergestellt werden können. Die benachbarten Innungen, die sich an die Beschlüsse der Berliner Innung nicht hielten, ließen zur selben Zeit, wenn die Berliner Lehrlinge auf Kosten ihrer Lehrmeister in der Fachschule saßen, ihre Lehrlinge in den Straßen Berlins arbeiten und profitierten natürlich von dieser Arbeit. Sie waren dadurch in der Lage, ihren Lehrlingen ein paar Mark Wochenlohn mehr zu geben, was zur Folge hatte, daß ihnen die Lehrlinge zu- und den Berlinern wegliefen.

sache, daß die deutschen Gewerkschaften vom Kriegsbeginn bis zur Stunde die Gewähr für die ruhige Aufrechterhaltung der Arbeit für die Landesverteidigung übernommen haben. Sie haben diese Zusage erfüllt, denn mit ihrem Willen ist die Ruhe der heimischen Arbeit in dieser Zeit nicht gestört worden. Es gibt aber eine Grenze, bei welcher die Gewerkschaftsleitungen eine solche Gewähr nicht mehr übernehmen können, und diese Grenze würde erreicht, wenn die dreifache Verhöhnung des Volkes, die sich die Wahlrechtsreformgegner in den Ausschußverhandlungen herausnahmen, fort dauern oder gar mit der Verschandelung der Reform gekrönt würde. Wir kennen unsere Arbeiterschaft zur Genüge, um zu wissen, daß sie sich solche Behandlung nicht ruhig gefallen läßt, daher haben wir rechtzeitig gewarnt. Die Verantwortung für das, was aus der Sabotierung der Wahlrechtsreform entstehen kann, tragen nicht die Gewerkschaftsleitungen und wir, die wir davor gewarnt haben, sondern die Kreise, die das Volk um die Erfüllung der von der Krone feierlichst versprochenen Reform zu betrügen suchen.

#### Arbeitsministerium und Arbeitsvermittlung in Oesterreich.

Am 1. Januar 1918 hat das neugeschaffene Ministerium für soziale Fürsorge seine Tätigkeit aufgenommen. Die Amtswirkksamkeit der übrigen Ministerien hört damit in allen der neuen Centralstelle zugewiesenen Angelegenheiten auf und geht an diese über. Diese Angelegenheiten sind: Kinderschutz und Jugendfürsorge, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Sozialversicherung, Sozialpolitik (Schutz der Arbeiter und Angestellten, der Kinder und Heimarbeiter, Gewerbeinspektion, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Auswandererschutz), Wohnungsfürsorge (mit einer besonderen Abteilung für die soziale Fürsorge zugunsten der Staatsangestellten).

Der erste Schritt des neuen Ministeriums gilt der Regelung der Arbeitsvermittlung auf Grund eines bereits vorher vom Ministerium des Innern ausgearbeiteten Organisationsplanes. Die Regelung ist eine provisorische und gilt zunächst für die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse. Sie bezweckt die Schaffung eines Netzes gemeinnütziger Arbeitsvermittlungseinrichtungen, welche die Unterbringung der gelegentlich der Demobilisierung aus dem Militärverbande entlassenen Personen ermöglichen sollen. Dieses Ziel soll nicht durch neue Anstalten angestrebt werden, sondern durch Heranziehung und Ausgestaltung der bereits bestehenden Arbeitsnachweise. Für diese Aufgabe sollen die autonomen Körperschaften gewonnen und durch den Staat gefördert werden. Zur Leitung und Ueberwachung der gesamten Organisation ist eine dem neuen Ministerium angegliederte Reichsstelle für Arbeitsvermittlung berufen. Sie wird von Landesstellen mit Beiräten aus Arbeitern, Unternehmern und Vertretern der Nachweise unterstützt werden. Die in Böhmen und Galizien auf Grund von Landesgesetzen von früher bestehenden Organisationen werden eine entsprechende Umwandlung erfahren.

Aus den nicht gewerbsmäßigen Anstalten sollen einzelne, welche sich zur Uebernahme öffentlicher Aufgaben — insbesondere zur Mitwirkung bei dem zwischenörtlichen Ausgleich auf dem Arbeitsmarke — eignen, herausgehoben und als öffentliche Nachweisstellen für einen bestimmten Sprengel erklärt werden. Die Verordnung des Ministers sieht vor-

läufig die Oeffentlichkeitserklärung von allgemeinen Anstalten, welche Arbeit jeglicher Art ohne Einschränkung auf bestimmte Berufsgruppen vermitteln, vor; die Regelung der Facharbeitsnachweise bleibt einem späteren Zeitpunkte überlassen. Als Voraussetzungen für die Oeffentlichkeitserklärung fordert die Verordnung das Vorhandensein des Lokalbedarfs, die Unentgeltlichkeit (keine Vermittlungsgebühren, bzw. nur ganz geringfügige von der Landesstelle genehmigte Gebühren), die Unparteilichkeit (paritätische Ausschüsse) und die Aufnahme der Streik Klausel.

E. R.

#### Statistik und Volkswirtschaft.

##### Lehrlingsheime und Fachschulwesen.

Die Sorge um den gewerblichen Nachwuchs hat sich für manche handwerklichen Gewerbe schon vor dem Kriege recht unangenehm fühlbar gemacht. Sie wird sich nach dem Kriege, der so viele blühende Manneskraft vernichtet hat, in erhöhtem Maße einstellen. Sie kann sich dann für manche Gewerbe direkt zu einer Lebensfrage gestalten. So hat beispielsweise das Steinselegergewerbe in Berlin schon mehrere Jahre vor dem Kriege keine Lehrlinge mehr bekommen können. Auch andere Baugewerbe haben geklagt, daß sie nicht die benötigte Zahl von Lehrlingen erhalten konnten. Am größten ist die Not an Lehrlingen jedenfalls in den Großstädten, und diese dürften auch nach dem Kriege am meisten davon betroffen werden.

Andererseits gab es freilich auch gerade in den Großstädten eine Anzahl von Gewerben, zu denen sich die aus der Schule entlassenen jungen Leute schon immer mit Vorliebe drängten. Darin wird auch nach dem Kriege keine durchgreifende Aenderung eintreten, soweit die bisher bevorzugten Gewerbe einigermaßen aufnahmefähig bleiben. Diese Bevorzugung gewisser Gewerbe hat verschiedene Ursachen. Vielsach ist es das Streben nach einem „besseren“ Beruf, das dann freilich auch dazu geführt hat, daß in diesen von der Jugend bevorzugten Berufen sich vielfach eine gewissenlose Lehrlingszüchtereie breit machen konnte. Sodann kam und kommt hinzu das durchaus anzuerkennende und gerechtfertigte Bestreben nach einem Berufe, der eine möglichst weitgehende Sicherheit der Existenz bietet. Daß solches Streben in späteren Jahren oft genug bitter enttäuscht wird, ändert zunächst nichts an der Sache.

Wenn dagegen namentlich in den verschiedenen Baugewerben bisher schon Mangel an Lehrlingen geherrscht hat, so ist das in der Hauptsache auf zweierlei zurückzuführen. Erstlich ist der Beruf manchem jungen Manne und seinen Pflegebefohlenen „nicht fein genug“. Und zum andern — das ist die Hauptsache — bieten sie tatsächlich vielfach die Sicherheit der Existenz nicht, die bei anderen Gewerben auf den ersten Anblick hier gegeben zu sein scheint, zum Teil auch tatsächlich gegeben ist. Diese Unsicherheit der Existenz des Arbeiters im Baugewerbe besteht wenigstens solange, wie dasselbe auf seiner bisherigen wirtschaftlichen Grundlage betrieben wird. Diese Tatsache ist es aber auch, welche den Lehrlingsmangel im Baugewerbe nach dem Kriege noch ganz wesentlich verschärft wird.

Es müßte also zunächst hierin wirksame Abhilfe geschaffen werden. Und sie läßt sich schaffen, wenn alle, die dazu berufen sind, den guten Willen dazu haben. Wenn es wahr ist, was man jetzt in der Kriegszeit so oft gehört hat, daß in dem wieder-

Wir möchten uns gegenüber einer solchen gefärbten Berichterstattung lebhaft verwahren und dazu bemerken, daß die Arbeitervertreter sich vorläufig mit gar nichts einverstanden erklärt haben, vielmehr in ihren Darlegungen und Wünschen weit auseinandergehen und eine abschließende Stellungnahme ihren Organisationszentralen überlassen wollten. Ebenso wenig entspricht der Schlußsatz der obigen Mitteilung den Tatsachen. Was mit dieser Art von Berichterstattung bezweckt wird, will uns nicht recht einleuchten.

### Der zweckmäßigste Weg zur Gemüseversorgung.

Die bekannte, verdiente Aufmerksamkeit erregende Denkschrift des Neuköllner Magistrats hat insbesondere die Mängel unserer bisherigen Gemüseversorgung in grellestes Tageslicht gerückt und dem System der Lieferungsverträge der Reichsgemüsestelle das Totenglocklein geläutet. In den Reihen der Kommunalpolitiker, die sich mit der Gemüseversorgung zu befassen hatten, waren die in der Denkschrift angeführten Mißstände mit ihrem Begleiterscheinungen: Schleichhandel, schamloser Wucher und völliges Schwindeln von Treu und Glauben im Handel — seit langem bekannt. Und wer mit schmerzlichem Bedauern die wochenlange Entblößung des großstädtischen Marktes von Gemüse mit eigenen Augen beobachten konnte, der hat sich manchmal erbittert gefragt, wie ist es der darbenenden ärmeren Bevölkerung überhaupt möglich gewesen, über jene schlimme Zeit hinweg durchhalten zu können?

Um so mehr muß es bekümmern, daß in der von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission durch Robert Schmidt herausgegebenen sonst verdienstvollen Schrift: „Die Mängel der Kriegswirtschaft“, in dem Abschnitt „Gemüse und Obst“ der Satz enthalten ist: „Zur Förderung des Anbaues und zur Regelung der Verteilung haben wir den Abschluß von Lieferungsverträgen mit den Gemüsebauern gutgeheißen.“ In der bezeichneten Schrift wird im Anschluß daran selbst gesagt: „Die Vertragslieferungen haben sich nicht so glatt abgewickelt; da die Höchstpreise viel umgangen wurden, hielten die Landwirte vielfach ihre Verträge nicht inne und gaben die Erzeugnisse über den Höchstpreis ab.“ Damit wird im wesentlichen das bestätigt, was die Neuköllner Denkschrift rügte. Ich habe bereits in Nr. 7, 1917, des „Correspondenzblattes“ in einem Aufsatz über „Die zweckmäßigste Organisation der Lebensmittelversorgung“ auf einen andern Weg der Gemüseversorgung, wie er von der Stadt Neukölln vorgeschlagen wurde, hingewiesen und auch in der Vorstandskonferenz im März 1917 einen bezüglichen, Lieferungsverbände und Bedarfsgemeinden betreffenden Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, der aber anscheinend nicht weiter verfolgt wurde. Warum dem nicht Folge gegeben wurde, geht aus Schmidts Schrift nicht mit voller Deutlichkeit hervor. Wahrscheinlich deshalb, weil, wie es bei Schmidt heißt: „Die Beschlagnahme von Gemüse schwer durchzuführen ist, da es sich um Ware handelt, die leicht dem Verderben ausgesetzt ist.“ Das kann doch nur den Sinn haben, daß Gemüse zu Zeiten in so großer Menge auf den Markt kommt, daß es nicht verbraucht werden kann. Ist denn ein solcher Fall nur einmal im vorigen Sommer eingetreten? Mit nichten! Sondern es hat dauernd an Zufuhren gefehlt und es konnte aus diesem Grunde auch nichts verderben. Sollten aber wirklich die Zufuhren einmal so zahlreich sein, so ließe sich sehr wohl durch Schnellverkäufe oder durch sachgemäßes Dörren, wozu die Darren der Brauereien oder, wie

in Neukölln, die städtischen Darren herangezogen werden könnten, sehr wohl dieser „Mangel“ beheben. Bei Lichte besehen sind solche Befürchtungen hinsichtlich und nur auf Einwände der Interessenten — gewinnstüchtige Erzeuger und Händler — zurückzuführen, die erklärlicherweise für den freien Handel schwärmen.

Hier müssen neben den centralen Körperschaften die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit entsprechenden einheitlichen Anträgen einsehen, wobei sie der Unterstützung der bürgerlichen Vertreter in vielen Gemeinden sicher sein können. Ich habe daher seinerzeit in der Neuköllner Stadtverordnetenfraktion den Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, daß der Fraktionsvorstand an den Parteivorstand mit dem Ersuchen herantreten solle, im Einvernehmen mit der Generalkommission die sozialdemokratischen Gemeindevertreter aufzufordern, dementsprechend zu handeln. Bieweit dem nachgekommen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich halte diesen Weg jetzt noch mehr als je für angemessen, andernfalls haben wir wieder, ja sogar im verstärkten Maße, dieselben Mißstände zu gewärtigen wie bei der Gemüseversorgung des verflossenen Jahres.

Möge man also in diesem Sinne schnell handeln, sonst dürfte es wieder einmal zu spät sein.

Emil Moth.

Die Kritik des Genossen Moth geht vollständig fehl. Ich habe mich nicht gegen die Beschlagnahme von Gemüse ausgesprochen, sondern nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Durchführung entgegenstehen. Die Reichstagsfraktion und die Mitglieder des Beirates für Volksernährung haben fortgesetzt die Beschlagnahme verlangt. Es wäre aber ein großer Irrtum, anzunehmen, daß damit alle Versorgungshindernisse behoben sind. Die Neuköllner Vorgänge beweisen doch, daß auch die beschlagnahmten Waren im Schleichhandel zu haben sind. Ebenso unrichtig ist es, anzunehmen, Gemüse wäre genügend vorhanden, es bedarf nur einer guten Verteilungsorganisation. Natürlich ist das Uebel durch die mangelhafte Durchführung der Lieferungsverträge verschlimmert, aber die Ernte konnte auch den Bedarf nicht decken. In diesem Jahre will man in der Zwangsbeschaffung weitergehen. Nach aller bisherigen Erfahrung bin ich weit davon entfernt zu glauben, daß damit restlos die Versorgung gelöst wird. Die Annahme, daß bei vorübergehender großer Zufuhr der Ueberschuß gedörrt werden kann, hat sich auch als irrig erwiesen. Äpfel, die recht reichlich im September in Groß-Berlin auf den Markt kamen, sind leider von den Kommunalverwaltungen in Groß-Berlin nicht vollkommen aufgenommen, so daß die Zufuhr gesperrt werden mußte. Es fehlte an Trockenanlagen, die diese Mengen verarbeiten konnten.

R. Schmidt.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Vorstand und Beirat des Bauarbeiterverbandes berufen den zweiten ordentlichen Verbandstag auf den 11. März nach Nürnberg ein. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Beratung des Verbandsstatuts; Beschlußfassung über die Verlängerung des Tarifvertrages; wirtschaftliche und politische Neuorientierung. Zu dem erstgenannten Punkte haben die Verbandsinstanzen eine

der Großstadt abgenommen würde durch die Errichtung einwandfreier Lehrlingsheime, dann würden sich gewiß viele von ihnen entschließen, sie diesen Heimen auch in der stillen Zeit des Berufes anzuvertrauen. Dann aber wäre die Möglichkeit geboten, diese stille Zeit ganz intensiv zugunsten eines erst dann vollkommeneren Nachschulunterrichts auszunutzen. Hand in Hand mit einer solchen Fachbildung ginge dann ganz von selbst die Aneignung einer besseren Allgemeinbildung, die wiederum zur Folge hätte, daß manche rauhe Sitte, manche anstößige Außenseite nach und nach verschwände. Dann entfielen mit der Zeit alle die Gründe, die heute gerade die intelligentesten jungen Leute von Berufen fernhalten, die sicher auch ihnen einen Weg vorwärts und aufwärts zu bieten vermögen.

Damit aber würde dem Gewerben, die heute schon über Mangel an jungem Nachwuchs zu klagen und nach dem Kriege einen noch viel größeren Mangel zu befürchten haben, am ehesten geholfen werden. Zugleich aber würde damit auch eine sozial allgemeine wertvolle Arbeit geleistet.

A. Knoll

## Kriegsfürsorge.

### Eine Neuorganisation der Kriegsernährung

wird aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Genossenschaften erstrebt, die eine wirksamere Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, als sie durch die Kommunalverbände möglich war, gewährleisten soll. An die Stelle der Kommunalverbände, an die gegenwärtig die Ablieferung erfolgt, sollen die Geschäftsstellen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der sich geschäftlich betätigenden Vereinigungen treten. Eine Denkschrift dieser landwirtschaftlichen Gruppen hat folgende Grundsätze aufgestellt:

1. In jeder Gemeinde wird eine nach genossenschaftlichen Grundsätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet, an die sämtliche Gemeindeinsassen ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgeschrieben ist, abzuliefern haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist ihr die Geschäftsstelle zu übertragen.

2. In jedem Kreis (Bezirk) wird eine Kreisstelle errichtet, die sich an den Kommunalverband anzulehnen hat.

3. In jeder Provinz bzw. jedem Landesteil ist eine Provinz- oder Landesstelle zu bilden, in Form einer Gesellschaft m. b. H., der wegen ihres gemeinnützigen Charakters Steuer- und Stempelfreiheit zugebilligt wird. An dieser Gesellschaft m. b. H. sind zu beteiligen diejenigen landwirtschaftlichen Körperschaften, die sich in dem Gebiet bisher geschäftlich betätigt haben, also in erster Linie die im Bezirk ansässigen Central-Ein- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Der Schlüssel für die Beteiligung dieser Körperschaften an den zu bildenden Gesellschaften muß auf dem Wege gegenseitiger Verständigung auf Grund der bisherigen Geschäftstätigkeit gefunden werden. Die so gebildeten Provinz- oder Landesstellen sind die verantwortlichen Träger der Erfassungsorganisation. Ihre Verwaltung soll eine möglichst einfache sein. Die genannten Stellen übertragen ihre geschäftliche Tätigkeit ausschließlich den in der Provinz oder dem Landesteil vorhandenen Centralgenossenschaften oder ent-

sprechenden Geschäftsstellen. Von der Bildung neuer Organisationen ist abzusehen.

4. Als Reichsstelle wird ein Ausschuß gebildet, der besteht aus Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrats und je zwei Vertretern des Reichsverbands der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Generalverbands der deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Zu der Tätigkeit der neuen Reichsstelle gehört insbesondere die schiebsrichterliche Entscheidung über die schließliche Beteiligung an den Provinz- oder Landesstellen und über die Verteilung der Kreis- oder Bezirksstellen. Sollte sich bei dieser Verwaltungsstelle die Notwendigkeit einer Geschäftstätigkeit ergeben, so soll die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte um Übernahme dieser geschäftlichen Tätigkeit gebeten werden.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit, daß es dieser Neugestaltung des Ernährungswesens seine Zustimmung noch nicht erteilt habe. Die Denkschrift sei indes Gegenstand amtlicher Beratungen.

Wir haben bereits in Nr. 1 dieses Jahrganges eine straffere Organisation der Kriegsernährung durch möglichst restlosen Zusammenschluß der Erzeuger der Lebensmittel gefordert. Die hier vorgeschlagene Organisation bewegt sich in dieser Richtung, enthält aber höchstbedenkliche Lücken und Abschwüchungen. Daß der restlose Zusammenschluß aller landwirtschaftlichen Erzeuger, der nur im Wege des Zwanges zu erreichen wäre, gegenwärtig auf Schwierigkeiten stößt, leuchtet uns ohne weiteres ein. Deshalb kann man sich mit der Heranziehung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zum Aufbau der Grundlage einer Geschäftsorganisation, die den rein bürokratischen Apparat ersetzt, wohl einverstanden erklären. Verfehlt erscheint uns dagegen die Heranziehung politischer Organisationen, wie die des Bundes der Landwirte, gegen dessen Treiben auch in weiten Kreisen der Landwirtschaft starke Abneigung besteht. Auch vermiffen wir jegliche Bestimmungen, welche eine Gewähr dafür bieten, daß eine bessere Erfassung der Lebensmittel durch diese Geschäftsstellen wirklich erreicht wird. Wenn daneben der freihändige Verkauf der Erzeuger zugelassen wird, so wird auch das neue System den Wettbewerb mit dem legalen und illegalen Freihandel nicht durchhalten können, sondern ebenso versagen, wie der bürokratische Organisationsapparat der Behörden. Eine gründliche Prüfung des neuen Organisationsplanes vor dessen Annahme erscheint uns also dringend geboten.

### Zur Bekämpfung des Schleichhandels

hatte das Kriegsernährungsamt am 17. Januar eine Konferenz von Vertretern der Arbeiterverbände aller Richtungen eingeladen. Der „Berl. Volksztg.“ ist darüber folgender Bericht übermittelt worden:

„Die bereits angekündigte Sitzung der Arbeiterverbände und Gewerkschaften fand gestern im Kriegsernährungsamt statt. Wie wir hören, haben sich die Arbeiter mit den Vereinbarungen, die eine Woche vorher mit den Vertretern der Großindustrie getroffen wurden, einverstanden erklärt. Danach soll der Schleichhandel energisch bekämpft und die Preistreiberien der Großindustrie und einzelner Kommunen eingeschränkt werden. Es werde dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter auf legalem Wege die Nahrungsmittel erhalten, die sie zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gebrauchen.“

Vorlage ausgearbeitet, die eine Neuregelung der Beitragsleistung und der Unterstützungseinrichtungen vorsieht. Die Entwicklung der Lohrverhältnisse in der Kriegszeit hat den alten Grundsatz des Verbandes überholt, wonach der Beitrag in allen Beitragsklassen um 5 bis 15 Pf. höher sein soll als der Stundenlohn. Da die Teuerungszulagen auf den Lohn nicht angerechnet werden, sind die Beiträge heute hinter dem Tariflohn einschl. Teuerungszulage zurückgeblieben. Die Folge ist aber, daß die auf die alten Beiträge aufgebauten Unterstützungen dem gesunkenen Geldwert nicht Rechnung tragen. Die Vorlage zum Verbandstag will Beiträge und Unterstützungen gleichermaßen mit dem jetzigen Geldwert in Einklang bringen. Der Beitragsbemessung soll der am 31. März 1916 geltende Tariflohn plus 20 Pfennig Teuerungszulage zugrunde gelegt werden, so daß der Wochenbeitrag in den verschiedenen Beitragsklassen 50 Pf. bis 1,10 Mk. betragen würde. Durch das Aufrücken der Mitglieder in höhere Beitragsklassen erhöhen sich automatisch die Unterstützungssätze, jedoch sollen auch direkte Erhöhungen derselben durchgeführt werden. — Hinsichtlich der Verbandsorganisation sind ebenfalls wichtige Änderungen geplant. Die Jugendabteilung soll aufgelöst werden, weil nach dem Wegfall der gesetzlichen Schranken ihre Mitglieder dem Verbandsverbande unmittelbar eingegliedert werden können. Die Vorlage sieht weiter die Schaffung von Bezirksvereinen neben den Ortsvereinen vor und zwar sollen Ortsvereine nur dort bestehen, wo der Ort ein in sich abgerundetes Wirtschaftsgebiet darstellt, während der Bezirksverein überall durchgeführt wird, wo mehrere Städte oder Orte ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet bilden. Dementsprechend sollen dann für solche Gebiete, die auf Grund ihrer Mitgliederzahl oder Größe allgemeine Mitgliederversammlungen nicht abhalten können, Vertreterversammlungen zur Entscheidung über die Angelegenheiten des Bezirksvereins stattfinden. Neu ist auch die statutarische Einführung des Vereinsausschusses, der in allen Bezirksvereinen und in solchen Ortsvereinen, die in Abteilungen gegliedert sind, aus den Obmännern der Abteilungen gebildet werden soll und dem Vereinsvorstand zur Seite gestellt wird. — Die Aufnahmebedingungen sollen verschärft werden, um solche Personen vom Beitritt fernzuhalten, die nur im persönlichen Notfalle die Mitgliedschaft zu erwecken suchen, um die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes auszunutzen. Die Aufnahmegebühr wird nach dem Lebensalter gestaffelt (Jugendliche und Jugendliche frei, dann je nach dem Alter 1 Mk. bis höchstens 10 Mk.). Für die Verabsäumung der Mitglieder, sich an- und abzumelden, wird eine Geldbuße von 1 Mk. für jeden Einzelfall neu eingeführt.

In der „Dachdeckerzeitung“ veröffentlicht der Hauptvorstand der Dachdecker den Bericht über die letzten beiden Jahre, soweit er sich auf die rein wirtschaftlichen Erfolge erstreckt. Er stellt fest, daß das Jahr 1917 an Vorteilen für die Mitglieder sehr dem Jahre 1916 voraus ist. Während dieses Jahr für 1786 Beschäftigte Lohnerhöhungen von nur sieben Pfennig brachte, stieg die Ziffer 1917 auf sieben Pfennig für 2581 Berufsgenossen. Besonders hebt der Bericht die Wirkung der centralen Verhandlungen hervor, die 1917 erstens einen viel größeren Kreis erfaßten, zum anderen aber auch höhere Teuerungszuschläge brachten. Auch die Betriebe selbst wurden in weit größerem Umfang er-

faßt: 1916: 1342, 1917: 1583. Recht ungünstig ist das Resultat, soweit es sich mit Arbeitszeitverkürzungen beschäftigt. Es wurden in beiden Jahren für 401 Kollegen nur 1082 Stunden wöchentlich erreicht. Für 34 Kollegen traten Lohnverschlechterungen ein. 1916 wurden in 33 Fällen für 201 Betriebe mit 1408 Kollegen neue Verträge abgeschlossen, das folgende Jahr nur in 17 Fällen mit 145 Kollegen. Verlängert wurden 1916: 94 Verträge, 1917 dagegen 125, meistens bis 31. März 1918. Es zeigt sich, so meint der Bericht, daß der Tarifvertrag nur ein feines Papier bleibt, wenn niemand da ist, der hinter ihm steht. Besonders schlimm ist es, wenn dann in solche Orte vom Militär entlassene Kollegen zurückkommen, wo sie alles in Trümmer finden. Für 1918 ist bereits eine neue centrale Bewegung eingeleitet.

## Literarisches.

### Kriegs-Literatur.

#### d) Schriften zur Ernährungsfrage.

- Beiträge zur Kriegswirtschaft. S. 17—19: Vieh und Fleisch in der deutschen Kriegswirtschaft. Von Dr. Krüger, Dr. Mayer, Dr. Killaß, Dr. v. Ostertag, v. Schlieben und Scholl. 133 S. 1,80 Mk. S. 20/21: Das Schwein in der Kriegsernährungswirtschaft. Von Dr. Staltweit und Dr. Klaas. 80 S. 1,20 Mk. S. 22/23: Die Preisprüfungsstellen. Von Dr. Stadhagen und Dr. Bries. 94 S. 1,20 Mk. S. 24: Die Preisgebilde des Kriegswirtschaftsrechts. Von Dr. Hirsch. 60 S. 0,60-Mk. Weimar Hebbing, Berlin.
- Die Frankfurter Kriegsküchen im dritten Geschäftsjahre. 23 S. Frankfurt a. M.
- D. Licht. Zur Frage des Zuderrübenanbaues. 12 S. (Aus den „Mitteil. der Deutschen Landwirtschaft. Gesellschaft.“) Berlin.
- R. E. May. Entscheidende Spezialfragen der Kriegsernährung in Deutschland und England. (Aus der „Berl. Klin. Wochenschrift.“)
- Ersatz der neutralen Zufuhr durch Schweineschlachtung. 10 S. (Aus dem „Wirtschaftsdienst.“) Hamburg.
- G. Rabbe. Kartoffelversorgung, Schweinehaltung, Fettversorgung. 32 S. Schalken u. Wohlbrück, Magdeburg. — 1. Nachtrag: 4 S. — 2. Nachtrag m. Anlage: 8 und 4 S.
- Sicherstellung der Volksernährung. 47 S. Gebr. Wulffstein in Schönebeck a. E. — Volksernährung und Tierhaltung. 28 S. — Volksernährung 1917/18 und Vorschläge zur Aenderung der Ernährungswirtschaft. 24 S. Gebr. Wulffstein, Schönebeck.
- Dr. Mommsen. Erwiderung auf G. Rabbe's „Volksernährung und Tierhaltung“. D. Thiele, „Halle'sche Zeitung“.
- G. W. Schiele. Die rationierte Kartoffelversorgung und andere Erfahrungen aus dem Kriegsjahr 1916. 99 S. G. Pöppche Buchdruckerel, Raumburg a. S.
- Dr. Salomon. Ein Gebot der Stunde. 8 S. Berlin.
- H. v. Schönermark. Offener Brief an A. Z. von Batocki. 24 S. Berlin.
- Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse. Gegen das Getreidemonopol. 40 S. — Staatsmonopol in Getreide oder privates Eigentum? 20 S. Joh. Hinrich Meyer, Hamburg.
- R. Bügele. Volksschädigung durch den Handel und die Mittel zur Abwehr. 64 S. Selbstverlag des Verfassers, Berlin-Schöneberg.